



GrECo JLT-MULTILINE GEMEINDE ALLGEMEINE VERSICHERUNGSBEDINGUNGEN

DIRECTORS & OFFICERS / MANAGER-HAFTPFLICHTVERSICHERUNG (D&O) STRAFRECHTSSCHUTZ-VERSICHERUNG (STRS) VERTRAUENSSCHADEN-VERSICHERUNG (VSV)

GEMEINDE GrECo JLT EV 03/2018

GrECo International AG
Versicherungsmakler und Berater in Versicherungsangelegenheiten
A-1190 Wien, Elmargasse 2-4
Tel. +43 (0)5 04 04-0
Fax +43 (0)5 04 04-11 999
www.GrECo-jlt.com
Reg.Nr. 24158374

Hinweis Für den Bereich der Manager-Haftpflichtversicherung gilt Folgendes: Der gegenständliche Versicherungsvertrag beruht auf dem Anspruchserhebungsprinzip (Claims-Made). Dies bedeutet, dass ausschließlich solche Haftpflichtansprüche vom Versicherungsschutz umfasst sind, die während der Versicherungslaufzeit oder einer vereinbarten Nachmeldefrist erstmals schriftlich gegen die versicherte Person geltend gemacht werden.



Inhaltsverzeichnis

TEIL A: Gemeinsame Bestimmungen	3
1. Tochterunternehmen	3
2. Beteiligungserwerb	3
3. Beteiligungsveräußerung	4
4. Freiwillige Liquidation der Versicherungsnehmerin	5
5. Anderweitige Versicherungen	5
6. Dauer der Versicherung	5
7. Anzeigen, Willenserklärungen, Obliegenheiten	7
8. Gesetzliche Bestimmungen, Gerichtsstand	8
9. Sanktionen/Embargos	8
10. Ansprechpartner	8
11. Änderung der Bedingungen	9
12. Versicherungsmaklerwechsel	9
13. Singular/Plural	9
14. Sonstiges	9
Teil B: Directors&Officers (D&O)	10
1. Gegenstand der Versicherung	10
2. Umfang der Versicherung	12
3. Ausschlüsse	15
4. Zurechnung	16
5. Rücktritts- und Anfechtungsverzicht	16
6. Non-Admitted-Countries	16
7. Umstandsmeldung	16
Teil C: Strafrechtsschutz	17
1. Gegenstand der Versicherung	17
2. Umfang der Versicherung	17
3. Ausschlüsse	20
4. U-Haft Paket	20
5. Service / sonstige Leistungen	20
6. Neue Risiken	20
7. Insolvenz	20
8. Versicherungssumme	21
9. Anwaltswahl	21
10. Rechtsstellung	21
11. Non-Admitted-Countries	21
Teil D: Vertrauensschaden-Versicherung (VSV)	22
1. Gegenstand der Versicherung	22
2. Umfang der Versicherung	22
3. Ausschlüsse	23
4. Erstattung von Aufwendungen	24
5. Vertrauenspersonen/Dritte	25
6. Rechte aus dem Versicherungsvertrag	25
7. Voraussetzung für die Versicherungsleistung, Vorläufige Entschädigung	25
8. Versicherungssumme, Jahreshöchstentschädigung, Selbstbehalt, Sublimate	26
9. Non-Admitted-Countries	26
TEIL E: GrECo JLT Mehrleistung	27
1. Zusatzeinschluss der Haftpflichtversicherung von Ansprüchen aus Diskriminierungstatbeständen (AGG):	27

TEIL A: Gemeinsame Bestimmungen

Insoweit in den gemeinsamen Bestimmungen (Teil A) nichts anderes vereinbart ist, gelten die gemeinsamen Bestimmungen für alle gemäß diesen Versicherungsbedingungen versicherten Risiken (Teil B-E).

1. Tochterunternehmen

Sämtliche Tochterunternehmen, gemäß nachstehender Definition gelten als mitversichert.

Insoweit in diesen Versicherungsbestimmungen nichts anderes vereinbart ist, schließt der Begriff Versicherungsnehmerin auch sämtliche Tochterunternehmen mit ein, das Vertragsgestaltungsrecht bleibt bei der Versicherungsnehmerin.

Tochterunternehmen sind Unternehmen,

- bei denen die Versicherungsnehmerin oder ein Tochterunternehmen direkt oder indirekt die Mehrheit der Kapitalanteile hält oder
- soweit sie bei der Versicherungsnehmerin oder einem ihrer Tochterunternehmen die Funktion der Komplementär-GmbH oder der Komplementär-AG wahrnehmen oder
- bei denen die Versicherungsnehmerin oder ein Tochterunternehmen bei wirtschaftlicher Betrachtung die Mehrheit der Risiken und Chancen trägt und die zur Erreichung eines eng begrenzten und genau definierten Ziels des Mutterunternehmens dienen (Zweckgesellschaft; neben Unternehmen können Zweckgesellschaften auch sonstige juristische Personen des Privatrechts oder unselbstständige Sondervermögen des Privatrechts, ausgenommen Spezial-Sondervermögen im Sinn des § 1 InvFG Kapitalanlagefonds, sein) oder
- bei denen der Versicherungsnehmerin oder einem Tochterunternehmen die Leitung oder Kontrolle direkt oder indirekt zusteht, entweder durch
 - die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschafter oder
 - das Recht, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats, Aufsichtsrats oder sonstiger Leitungsorgane zu bestellen oder abzuberufen und sie gleichzeitig Gesellschafterin ist oder
 - das Recht, einen beherrschenden Einfluss aufgrund eines mit diesem Unternehmen geschlossenen Beherrschungsvertrages oder aufgrund von Satzungsbestimmungen dieses Unternehmens auszuüben. Als in diesem Sinn beherrschte Unternehmen und damit als Tochterunternehmen gelten auch Personengesellschaften (z.B. GmbH & Co. KG) oder KGaAs bzw. vergleichbare ausländische Gesellschaften, in denen die Versicherungsnehmerin oder eines ihrer Tochterunternehmen die Funktion der Komplementärin wahrnimmt.

Versicherungsfälle bei Tochterunternehmen oder mitversicherten Unternehmen gemäß Versicherungspolizze sind nur versichert, sofern sie auf Pflichtverletzungen oder unerlaubten Handlungen beruhen, die in dem Zeitraum begangen und gemeldet worden sind, in dem die Eigenschaft als Tochterunternehmen der Versicherungsnehmerin bestand bzw. eine Mitversicherung gemäß dem Versicherungsvertrag vorlag. Dem Zeitpunkt der Pflichtverletzung steht für den Versicherungsschutz nach Teil C (Straf-Rechtsschutz) der Zeitpunkt der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Versicherte gleich.

2. Beteiligungserwerb

Bei Gründung von Tochterunternehmen besteht Versicherungsschutz für Versicherungsfälle die auf Pflichtverletzungen oder unerlaubten Handlungen beruhen, die vom Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit der Gründung an begangen wurden. Bei Erwerb von Tochterunternehmen während der Vertragslaufzeit besteht Versicherungsschutz für Versicherungsfälle aufgrund von Pflichtverletzungen oder unerlaubte Handlungen, die begangen wurden ab dem Zeitpunkt der von sämtlichen Vertragsparteien unterzeichneten Absichtserklärung über den Erwerb des Unternehmens (letter of intent), sofern der Erwerb innerhalb von einem Jahr nach Unterzeichnung der Erklärung rechtswirksam wird, im Übrigen ab der Rechtswirksamkeit des Erwerbs.

Erhöht sich die konsolidierte Konzernbilanzsumme mit Gründung oder Erwerb von Tochterunternehmen um mehr als 30% gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr, so gilt der Versicherungsschutz vorsorglich und vorbehaltlich einer Einigung über eine Prämienanpassung (Vorsorgeversicherung). Wird eine Einigung hierüber nicht binnen drei Monaten nach Anzeige der Veränderung erzielt, so entfällt der Versicherungsschutz rückwirkend für die betreffende Gesellschaft.

Diese Vorsorgeversicherung gilt nicht bei Gründung oder Erwerb von Finanzdienstleistungsunternehmen, börsennotierten Gesellschaften oder Beteiligungsgesellschaften in Nordamerika.

Die Versicherungsnehmerin kann in Abstimmung mit dem Versicherer eine Rückwärtsdeckung für eine zu vereinbarende Zusatzprämie für neu hinzukommende Tochterunternehmen erwerben.

Die Versicherungsnehmerin ist berechtigt, diesen Versicherungsschutz gegen eine Zusatzprämie von max. 50% der Jahresprämie der laufenden Versicherungsperiode für solche versicherten Personen bzw. Vertrauenspersonen zu erwerben, welche nach dem Erwerb der Leitung oder Kontrolle in dem hinzukommenden Tochterunternehmen verbleiben oder infolge eines Funktionswechsels versicherte Personen der Versicherungsnehmerin oder eines anderen Tochterunternehmens werden, sofern

- a. es sich bei dem neu hinzukommenden Tochterunternehmen nicht um:
 - Gesellschaften, die im jeweiligen Börsenindex des Prime Markets gelistet sind (z.B. ATX, DAX usw.), □ Pensionskassen,
 - Gesellschaften, deren Wertpapiere in Nordamerika an einer Börse gehandelt werden, einschließlich ADR und Private Placements handelt.
- b. das neu hinzukommende Tochterunternehmen vor dem Erwerb nicht insolvent war.

Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind Versicherungsfälle aufgrund von Pflichtverletzungen, unerlaubten Handlungen bzw. strafrechtlichen Ermittlungen, welche der vom Versicherungsfall betroffenen versicherten Person bzw. der Versicherungsnehmerin oder dem neu hinzukommenden Tochterunternehmen bei Erwerb der Leitung oder Kontrolle über dieses als solche bekannt waren.

3. Beteiligungsveräußerung

Verliert eine Gesellschaft ihre Eigenschaft als Tochterunternehmen der Versicherungsnehmerin gemäß Ziffer 1, so besteht für die versicherten Personen bzw. Vertrauenspersonen dieser ehemaligen Tochterunternehmen im Rahmen und Umfang dieses Vertrages für Versicherungsfälle aufgrund von Pflichtverletzungen, unerlaubten Handlungen bzw. strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, die innerhalb der Vertragsdauer oder dem Zeitraum einer vereinbarten Rückwärtsdeckung sowie vor dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Unternehmensverbund begangen bzw. eingeleitet wurden, weiterhin Versicherungsschutz. Für den Zeitpunkt des Ausscheidens ist die rechtliche Wirksamkeit gegenüber Dritten maßgeblich.

3.1 Separate Versicherungssumme

Die Versicherungsnehmerin kann innerhalb von zwei Monaten nach Beteiligungsveräußerung durch Zahlung eines Prämienzuschlags in Höhe von 50% der aktuellen Nettojahresprämie eine separate Versicherungssumme in Höhe der gemäß diesem Vertrag für das ausscheidende Tochterunternehmen vereinbarten Versicherungssumme erwerben. Diese Versicherungssumme ist auf das ausscheidende Tochterunternehmen und die dortigen versicherten Personen beschränkt und steht für einen Zeitraum von 60 Monaten zur Verfügung.

Der Versicherungsschutz richtet sich, sofern nicht anderweitig vereinbart, nach den Bestimmungen dieses Vertrages und gilt nur für Versicherungsfälle aufgrund von Pflichtverletzungen, unerlaubten Handlungen bzw. strafrechtliche Ermittlungsverfahren, die innerhalb der Vertragsdauer des vorliegenden Vertrages oder dem Zeitraum einer vereinbarten Rückwärtsdeckung zu diesem Vertrag sowie vor dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Unternehmensverbund begangen bzw. eingeleitet wurden.

3.1.1 Für Teil C Strafrechtsschutz:

Für Teil C (Straf-Rechtsschutz) umfasst die Nachhaftung bei Beteiligungsveräußerungen die Deckung für innerhalb des o. a. Nachhaftungszeitraums eingeleitete Ermittlungsverfahren, wenn die dem Tatvorwurf zugrundeliegende Handlung oder Unterlassung vor dem Ausscheiden aus dem Unternehmensverbund begangen wurde oder begangen worden sein soll.

3.1.2 Für Teil B D&O:

Die Versicherungsnehmerin hat das Recht, durch Zahlung eines Prämienzuschlags den Versicherungsschutz auf Versicherungsfälle aufgrund von Pflichtverletzungen auszudehnen, die innerhalb eines Monats nach Rechtswirksamkeit der Beteiligungsveräußerung begangen wurden und für die dann der noch unverbrauchte Teil der Versicherungssumme der Versicherungsperiode, in der die Beteiligungsveräußerung erfolgte, zur Verfügung steht.

4. Freiwillige Liquidation der Versicherungsnehmerin

4.1 Für Teil B D&O:

Im Fall der freiwilligen Liquidation der Versicherungsnehmerin während der laufenden Versicherungsperiode besteht Versicherungsschutz nur für diejenigen Versicherungsfälle, die auf Pflichtverletzungen beruhen, die bis zum Zeitpunkt der rechtlichen Wirksamkeit dieser Liquidation begangen wurden. Für den Zeitpunkt der rechtlichen Wirksamkeit ist der Zeitpunkt der rechtlichen Wirksamkeit gegenüber Dritten maßgeblich.

4.2 Für Teil C Strafrechtsschutz:

Im Fall der freiwilligen Liquidation der Versicherungsnehmerin besteht Versicherungsschutz auch für Verfahren, die nach Beendigung des Versicherungsvertrages eingeleitet werden, wenn die dem Tatvorwurf zugrunde liegende Handlung oder Unterlassung während der Vertragslaufzeit begangen wurde oder begangen worden sein soll.

5. Anderweitige Versicherungen

Ist der geltend gemachte Anspruch auch unter einem anderen, zeitlich früher abgeschlossenen Versicherungsvertrag versichert, steht die Versicherungssumme dieses Vertrages erst im Anschluss an die Versicherungssumme der anderen Versicherung zur Verfügung. Bestreitet der anderweitige Versicherer seine Eintrittspflicht ganz oder teilweise, so leistet der Versicherer dieses Vertrages unter Eintritt in die Rechte der Versicherungsnehmerin bzw. der versicherten Person vor.

Sollten mehrere Versicherungsverträge des Versicherers dieses Vertrages betroffen sein, so ist die maximale Leistung auf die in einer dieser Versicherungen vereinbarte höchste Versicherungssumme je Versicherungsfall und Versicherungsperiode begrenzt.

6. Dauer der Versicherung

6.1 Beginn

Der Versicherungsschutz beginnt mit der Zahlung der ersten jährlichen Prämie, jedoch nicht vor dem im Versicherungsschein festgesetzten Zeitpunkt und besteht für die Dauer der im Versicherungsschein vereinbarten Versicherungsperiode. Wird die erste Prämie erst nach diesem Zeitpunkt eingefordert und dann unverzüglich bezahlt, beginnt der Versicherungsschutz mit dem vereinbarten Zeitpunkt.

6.2 Vertragsverlängerung

Der Versicherungsvertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr sofern der Vertrag nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der Versicherungsperiode schriftlich gekündigt wird. Der Versicherer verzichtet auf sein Recht zur Schadenfallkündigung gemäß § 158 VersVG.

6.3 Nachmeldefrist

Das Recht zur Nachmeldung besteht nach Beendigung des Versicherungsvertrags.

Sofern Gesellschaften während der Vertragslaufzeit die Eigenschaft als Tochterunternehmen verlieren oder vom Versicherungsschutz ausgeschlossen werden, beginnt die Nachmeldefrist für diese Gesellschaften bzw. für versicherte Personen in diesen Gesellschaften mit dem Verlust der Tochterunternehmeneigenschaft bzw. dem Ausschluss der Gesellschaften.

6.3.1 Für Teil B D&O:

Versicherungsschutz besteht auch für während einer Nachmeldefrist von 10 Jahren gemeldete Versicherungsfälle, wobei die ersten fünf Jahre prämiennneutral gewährt werden und jedes weitere Jahr gegen eine Zusatzprämie von 10% der Jahresprämie der letzten Versicherungsperiode aufgrund gesonderter Vereinbarung gewährt wird. Der Antrag kann innerhalb von drei Monaten ab dem Ende der Vertragslaufzeit beim Versicherer gestellt werden.

Für ordentlich ausgetretene oder aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedene versicherte Personen gilt prämiennneutral eine persönliche Nachmeldefrist von 10 Jahren.

Das Recht zur Nachmeldung besteht nach Beendigung des Versicherungsvertrags, sofern die Beendigung nicht wegen Prämienzahlungsverzug durch den Versicherer erfolgte. Für aus den Diensten der Versicherungsnehmerin ausgeschiedene versicherte Personen gilt diese Nachmeldefrist ebenfalls für vor ihrem Ausscheiden begangene Pflichtverletzungen.

Für den Zeitraum der Nachmeldefrist steht der unverbrauchte Teil der Versicherungssumme der letzten Versicherungsperiode zur Verfügung.

6.3.2 Für Teil C Strafrechtsschutz:

Nach Beendigung des Versicherungsvertrages gilt eine unbegrenzte Nachmeldefrist für Verfahren, die bis zum Ende des Versicherungsvertrages eingeleitet wurden.

6.3.3 Für Teil D Vertrauensschadenversicherung:

Versicherungsschutz besteht auch für während einer Nachmeldefrist von 3 Jahren gemeldete Versicherungsfälle, soweit der Schaden während der Laufzeit des Vertrages oder einer Rückwärtsversicherung verursacht wurde. Das Recht zur Nachmeldung entsteht für die Versicherungsnehmerin nach Beendigung des Versicherungsvertrags, sofern die Beendigung nicht wegen Prämienzahlungsverzugs durch den Versicherer erfolgte.

Für den Zeitraum der Nachmeldefrist steht der unverbrauchte Teil der Versicherungssumme der letzten Versicherungsperiode zur Verfügung.

Die Nachmeldefrist entfällt, soweit die Entdeckung eines Sachverhalts gemäß Teil D Ziffer 2 in den Deckungsbereich eines anderen Versicherungsvertrages fällt; dies gilt ohne Ansehung dessen, ob eine Leistung aus dem anderen Vertrag erfolgt. Teil A Ziffer 12 findet insoweit keine Anwendung.

6.3.4 Für Teil E GrECo JLT Mehrleistung:

Versicherungsschutz besteht auch für während einer Nachmeldefrist von 5 Jahren gemeldete Versicherungsfälle.

Das Recht zur Nachmeldung besteht nach Beendigung des Versicherungsvertrags, sofern die Beendigung nicht wegen Prämienzahlungsverzug durch den Versicherer erfolgte. Für aus den Diensten der Versicherungsnehmerin ausgeschiedene versicherte Personen gilt diese Nachmeldefrist ebenfalls für vor ihrem Ausscheiden begangene Pflichtverletzungen.

Für den Zeitraum der Nachmeldefrist steht der unverbrauchte Teil der Versicherungssumme der letzten Versicherungsperiode zur Verfügung.

6.4 Rückwärtsversicherung

6.4.1 Für Teil B D&O und Teil E GrECo JLT Mehrleistung:

Versicherungsschutz besteht auch für Versicherungsfälle die auf vor Vertragsbeginn begangenen Pflichtverletzungen beruhen, sofern die jeweils betroffene versicherte Person von dieser Pflichtverletzung vor Abschluss des Versicherungsvertrags keine Kenntnis hatte.

6.4.2 Für Teil C Strafrechtsschutz:

Der Versicherungsschutz umfasst auch verdeckte strafrechtliche Ermittlungen vor Vertragsbeginn, sofern sie den Versicherten zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht bekannt waren.

6.4.3 Für Teil D Vertrauensschadenversicherung:

Sofern besonders vereinbart und dokumentiert, besteht Versicherungsschutz auch für Versicherungsfälle aufgrund von vor Vertragsbeginn begangenen unerlaubten Handlungen, vorausgesetzt, weder die Versicherungsnehmerin noch Tochterunternehmen hatten hiervon bei Abschluss des Vertrages Kenntnis.

6.5 Kontinuitätsgarantie

Wird der Versicherungsvertrag mit Bedingungseinschränkungen oder reduzierter Versicherungssumme fortgesetzt, so gilt für Versicherungsfälle aufgrund von vor Änderungsbeginn begangenen Pflichtverletzungen, unerlaubten Handlungen oder bereits eingeleiteter Ermittlungsverfahren der ursprüngliche Deckungsumfang. Von dieser Regelung kann in folgenden Versicherungsperioden nicht zulasten der Versicherungsnehmerin und/oder versicherter Personen abgewichen werden.

7. Anzeigen, Willenserklärungen, Obliegenheiten

7.1 Schriftform

Alle Anzeigen und Erklärungen sind in Textform abzugeben (z.B.: E-Mail, Brief, Telefax).

7.2 Schadenanzeige

Die Versicherungsnehmerin sowie die versicherten Personen sind verpflichtet, dem Versicherer unverzüglich jeden Versicherungsfall anzuzeigen.

7.3 Pflicht zur Abwehr und Minderung des Schadens

Die Versicherungsnehmerin und die versicherten Personen müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Abwendung und Minderung des Schadens sorgen. Weisungen des Versicherers sind dabei zu beachten. Sie haben dem Versicherer ausführliche und wahrheitsgemäße Schadenberichte zu erstellen und ihn bei der Schadenermittlung und Schadenregulierung zu unterstützen. Alle Umstände, die nach Ansicht des Versicherers für die Bearbeitung des Schadens wichtig sind, müssen mitgeteilt sowie alle dafür angeforderten Schriftstücke übersandt werden.

7.4 Besondere Anzeigepflichten

Abweichend von den Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VersVG) sind ausschließlich die bei der Versicherungsnehmerin eintretenden nachfolgend genannten Risikoerhöhungen anzeigepflichtig:

7.4.1 Die Änderung des Gesellschaftszwecks, ein geplanter Börsengang, eine Verschmelzung der Versicherungsnehmerin gemäß Umwandlungsgesetz (UmwG) oder die freiwillige Liquidation der Versicherungsnehmerin;

7.4.2 den Wechsel der gesellschaftsrechtlichen Kontrolle über die Versicherungsnehmerin (dies gilt nicht für Anteils- oder Stimmrechtsverschiebungen auf Ehegatten, Lebenspartner, Eltern oder Kinder bisheriger Anteilseigner);

7.4.3 Erwerb oder Neugründung gemäß Ziffer 1.4 oder eine Verschmelzung auf die Versicherungsnehmerin, sofern sich dann die Bilanzsumme auf mehr als 30% der bisherigen konsolidierten Bilanzsumme der Versicherungsnehmerin beläuft;

7.4.4 Erwerb oder Neugründung eines Tochterunternehmens in den USA oder Kanada, eines Finanzdienstleistungsunternehmens oder eines börsennotierten Unternehmens.

Die Versicherungsnehmerin ist verpflichtet, dem Versicherer eine Gefahrerhöhung innerhalb von 3 (drei) Monaten ab Kenntnis anzuzeigen.



Der Versicherer kann eine angemessene Bedingungs- oder Prämienanpassung durchführen. Sofern hierüber mit der Versicherungsnehmerin innerhalb von einem Monat nach Anzeige der Gefahrerhöhung keine Einigung erzielt werden sollte, besteht kein Versicherungsschutz für Ansprüche im Zusammenhang mit der Gefahrerhöhung. Die Rechte des Versicherers gem. §§ 23 folgende VersVG bleiben hiervon unberührt.

7.5 Geschäftsbericht/Mitarbeiteranzahl

Die Versicherungsnehmerin ist verpflichtet, dem Versicherer auf rechtzeitige Anforderung bis spätestens einen Monat vor Ablauf der Kündigungsfrist des Vertrages den jeweils aktuellen Geschäftsbericht/Jahresabschluss zu überlassen und die aktuelle Anzahl der Mitarbeiter verteilt auf sämtliche Standorte zur Verfügung mitzuteilen.

7.6 Rechtsfolgen

Die Obliegenheiten der Versicherungsnehmerin und der versicherten Personen während der Vertragslaufzeit ergeben sich abschließend aus diesem Vertrag. Wird eine dieser Obliegenheiten verletzt, ist der Versicherer entsprechend der Bestimmungen des § 6 VersVG leistungsfrei.

7.7 Gemeindehaftpflichtpolize

Die Versicherungsnehmerin ist verpflichtet, die Gemeindehaftpflichtpolize mit den Bedingungen und der Deckungssumme aufrecht zu erhalten, die bei Vertragsabschluss dieses Vertrages vereinbart waren. Deckungsverschlechterungen oder Storno der Gemeindehaftpflichtpolize sind dem Versicherer dieses Vertrages anzuzeigen.

8. Gesetzliche Bestimmungen, Gerichtsstand

Im Übrigen gelten für diese Versicherung die Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VersVG).

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag gilt ausschließlich österreichisches Recht.

Alle Streitigkeiten die sich aus diesem Vertrag ergeben oder auf dessen Verletzung, Auflösung oder Nichtigkeit beziehen, können nach der Schieds- und Schlichtungsordnung des Internationalen Schiedsgerichts der Wirtschaftskammer Österreich in Wien (Wiener Regeln) von drei gemäß diesen Regeln ernannten Schiedsrichtern endgültig entschieden werden.

Gerichtsstand ist am Sitz des Versicherungsnehmers. Klagen des Versicherungsnehmers gegen den Versicherer können nach Wahl des Versicherungsnehmers auch beim zuständigen Gericht für Wien, Innere Stadt erhoben werden.

9. Sanktionen/Embargos

Der Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf Risiken und Tochterunternehmen, soweit diese selbst oder deren Versicherung bzw. auf dem Versicherungsvertrag beruhende Verpflichtungen und Erfüllungshandlungen internationale Wirtschafts- oder Handelssanktionen der UN, der EU/EEA oder sonstige nationale Wirtschafts- oder Handelssanktionen verletzen würden.

10. Ansprechpartner

10.1 Versicherungsmakler

Die

GrECo International AG (GrECo JLT)

Elmargasse 2-4

1190 Wien

ist berechtigt, Anzeigen, Willenserklärungen und Zahlungen der Versicherungsnehmerin entgegenzunehmen und verpflichtet, sie unverzüglich an den Versicherer weiterzuleiten.

Des Weiteren ist die GrECo JLT berechtigt, alle Anzeigen, Willenserklärungen und Zahlungen des Versicherers mit unmittelbarer Wirkung für die Versicherungsnehmerin entgegenzunehmen.





10.2 Vertragsverwaltung und bevollmächtigte Zeichnungsstelle

DUAL Deutschland GmbH
Schanzenstraße 36 / Gebäude 197 51063
Köln

11. Änderung der Bedingungen

Wird während der Laufzeit dieses Versicherungsvertrages eine neue Version der AVB MULTILINE GrECo JLT verabschiedet, so gelten in diesen enthaltene Regelungen zugunsten der Versicherungsnehmerin auch für diesen Vertrag mit sofortiger Wirkung automatisch als vereinbart. Für Versicherungsfälle, die auf bei Verabschiedung der neuen Bedingungsversion bekannten Pflichtverletzungen, bereits eingeleitete Ermittlungsverfahren oder entdeckten unerlaubten Handlungen beruhen, findet die vorstehende Regelung keine Anwendung. Etwaig vereinbarte Besondere Bedingungen sind von der Regelung gemäß Satz 1 nicht betroffen und bleiben weiterhin bestehen.

Würde sich aufgrund der vorstehend genannten Verbesserungen eine Prämienerrhöhung ergeben, gelten die Verbesserungen zunächst für die Dauer von 3 (drei) Monaten automatisch vereinbart.

Der Versicherer wird jedoch im Falle einer Prämienerrhöhung die Versicherungsnehmerin umgehend informieren.

Erfolgt innerhalb der 3 (drei) Monate von Seiten der Versicherungsnehmerin kein ausdrücklicher Wunsch, dass die neuen AVB MULTILINE GrECo JLT dem Vertrage zugrunde zu legen sind, gelten die bisher vereinbarten AVB MULTILINE GrECo JLT.

12. Versicherungsmaklerwechsel

Wird der Versicherungsmakler gewechselt oder wird der Vertrag ohne Vermittler in die direkte Verwaltung von DUAL übernommen, so entfällt ab der nächsten Hauptfälligkeit die GrECo JLT Mehrleistung Teil E.

13. Singular/Plural

Wo auch immer in diesen Versicherungsbedingungen die Singularform eines Wortes verwendet wird, gilt auch die Pluralform desselben, wenn der Kontext dies erfordert, und umgekehrt.

14. Sonstiges

Soweit einzelne Bestimmungen dieser Versicherungsbedingungen ungültig oder unwirksam sind, wird die Wirksamkeit oder Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Versicherungsbedingungen davon nicht berührt. Die Vertragsparteien erklären, in diesem Fall ohne Verzögerung die betroffene Bestimmung durch eine andere zu ersetzen, welche der ungültigen oder unwirksamen Bestimmung bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise am nächsten kommt.

Teil B: Directors&Officers (D&O)

1. Gegenstand der Versicherung

1.1 Versicherungsschutz

- a. Der Versicherer gewährt weltweit Versicherungsschutz für den Fall, dass versicherte Personen wegen einer bei Ausübung der versicherten Tätigkeit begangenen Pflichtverletzung für einen Vermögensschaden in Anspruch genommen werden.
- b. Hat eine Versicherungsnehmerin eine versicherte Person für einen Anspruch gemäß Abs. 1 in rechtlich zulässiger Weise freigestellt, so geht der Anspruch auf Versicherungsleistung aus diesem Vertrag im Umfang der Freistellung auf die versicherte Gesellschaft über.
- c. Der Versicherer Versicherungsschutz für den Fall, dass gegen die Versicherungsnehmerin im Zusammenhang mit dem Handel von Wertpapieren der Versicherungsnehmerin ein Anspruch auf Ersatz eines Vermögensschadens erstmalig geltend gemacht wird. Handel bedeutet den Kauf oder Verkauf, das Angebot zum Kauf oder Verkauf sowie die Einladung oder Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren. Öffentliche Angebote von Primäraktien (IPO / Initial Public Offering) oder Sekundäraktien (SPO / Secondary Public Offering) von versicherten Gesellschaften nach erstmaligem Vertragsbeginn gelten nur bei gesonderter schriftlicher Vereinbarung als Handel. Je Versicherungsfall und für alle Versicherungsfälle innerhalb einer Versicherungsperiode zusammen gilt das Sublimit gemäß Polizze. Zudem findet der Selbstbehalt gemäß Polizze Anwendung.

Vermögensschäden sind Schäden, die weder Personenschäden noch Sachschäden sind, noch sich aus solchen Schäden herleiten. Als Vermögensschäden gelten aber auch

- Schäden, die aus einem Personen- oder Sachschaden folgen, die Pflichtverletzung jedoch nicht dafür, sondern ausschließlich für einen damit im Zusammenhang stehenden Vermögensschaden ursächlich war,
- Schäden, die aus Personen- und Sachschäden Dritter folgen, es sich jedoch nicht um deren Ersatz, sondern um den der Versicherungsnehmerin oder deren Tochterunternehmen daraus entstehenden eigenen Schaden handelt,
- psychische Beeinträchtigungen und immaterielle Schäden, die im Zusammenhang mit Pflichtverletzungen versicherter Personen gemäß dem Gleichbehandlungsgesetz (GLBG) oder ähnlicher Rechtsvorschriften geltend gemacht werden,
- Schäden wegen Wertverlusts von Anteilen der Versicherungsnehmerin oder eines Tochterunternehmens, die durch einen Anteilseigner in dieser Eigenschaft geltend gemacht werden,
- Schäden wegen nicht bezahlter Steuern und/oder Sozialabgaben,
- Schäden die aus Personenschäden mit Todesfolge folgen und für die versicherte Personen von der Versicherungsnehmerin in Regress genommen werden aufgrund einer Inanspruchnahme der Versicherungsnehmerin im Rahmen eines Verfahrens im United Kingdom oder in Irland wegen „involuntary corporate manslaughter“ nach dem Corporate Manslaughter and Corporate Homicide Act 2007,
- Folgeschäden einer versicherten Gesellschaft in Form von entgangenen Gewinnen, sofern die versicherte Person dafür gesetzlich haftet;

Als Deckungserweiterung gelten auch die Kosten zur gerichtlichen und außergerichtlichen Abwehr der Ansprüche von Personen- und Sachschäden als mitversichert, wobei die Leistungspflicht des Versicherers auf das in der Polizze genannte Sublimit begrenzt ist.

Als Schadensersatzansprüche gelten auch

- bereicherungsrechtliche Ansprüche und Herausgabeansprüche aus unechter Geschäftsführung (Versicherungsschutz besteht insoweit ausschließlich im Hinblick auf Kosten zur gerichtlichen und außergerichtlichen Anspruchsabwehr; diese Kosten sind dem Versicherer zurückzuerstatten, sobald rechtskräftig festgestellt wird, dass die Ansprüche begründet sind) sowie Ansprüche aus §§ 9, 80 BAO.

Soweit der Ersatzanspruch gemäß Absatz 1 in Anspruchskonkurrenz in gleichem Umfang einredefrei sowohl auf einen wettbewerbsrechtlichen Schadensersatzanspruch als auch auf einen Bereicherungs- oder Herausgabeanspruch aus gestützt werden kann, erstreckt sich der Versicherungsschutz auch auf diese Ansprüche.

Versichert sind Schadensersatzansprüche für nach Vertragsbeginn begangene Pflichtverletzungen, die während der Dauer der Versicherung erstmals schriftlich geltend gemacht werden. Der erstmaligen Inanspruchnahme steht die Einreichung einer Streitverkündung gegen eine versicherte Person gleich.

Für die Bestimmung der Versicherungssumme und der Bedingungen einer Versicherungsperiode ist der Zeitpunkt der ersten Anspruchserhebung maßgeblich.

1.2 Versicherte Personen und Tätigkeit

1.2.1 Als versicherte Personen gelten die nachfolgend aufgeführten natürlichen Personen in ihrer gegenwärtigen, ehemaligen oder zukünftigen Tätigkeit bei der Versicherungsnehmerin:

- 1.2.1.1 Bürgermeister, Vizebürgermeister, Ortsvorsteher, Mitglieder des Gemeindevorstands, Stadtrates oder Stadtsenates, Mitglieder des Gemeinderates und Amtsleiter, Stadtamtsdirektor oder Magistratsdirektor, Bauamtsleiter, Finanzabteilungsleiter, Kassaführung der Gemeinde, Sozialamtsleiter, Rechtsabteilungsleiter, Meldeamt und Standesbeamter, Schulleiter, Bauhofleiter, etc., sowie deren Stellvertreter.
- 1.2.1.2 Mitglieder der geschäftsführenden Organe (auch Interimsmanager), der Aufsichtsorgane (Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräte) sowie deren Stellvertreter. Dies gilt auch für faktische Organe.
- 1.2.1.3 Generalbevollmächtigte, ständige Vertreter (§ 12 UGB), Vertreter (§ 76 AktG, § 27 GmbHG und § 26 GenG, Prokuristen und leitende Angestellte. Für die Definition des Begriffs der leitenden Angestellten gilt die für sie im Einzelfall günstigste arbeitsrechtliche Auslegung.
- 1.2.1.4 Arbeitnehmer, sofern sie zusammen mit oben genannten versicherten Personen oder in ihrer Eigenschaft als Beauftragte für den Bereich Compliance, Datenschutz, Geldwäsche, Sicherheit, Arbeitsschutz, Umwelt, Bau, Finanzen, Schulwesen oder einer entsprechenden Sonderfunktion (einschließlich gewerberechtlicher Geschäftsführer) in Anspruch genommen werden.
- 1.2.1.5 Liquidatoren im Fall der freiwilligen Liquidation, sofern diese nicht aufgrund eines externen Dienstleistungsvertrages tätig sind.
- 1.2.1.6 Gegenwärtige, ehemalige und zukünftige „officers“, „company secretaries“, „Shadow Director“, „approved Person“ und „senior accounting officers“ gemäß den Vorschriften einer Rechtsordnung des Common Law.
- 1.2.1.7 Ehegatten, Lebensgefährten, Betreuer, Pfleger, Insolvenz- oder Vergleichsverwalter oder - im Falle des Todes versicherter Personen - deren Erben oder Nachlaßverwalter, sofern diese für Pflichtverletzungen versicherter Personen im Sinne von Ziffer 1.1 in Anspruch genommen werden.

Der Versicherungsschutz bezieht sich auf Tätigkeiten im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung und im Rahmen der Hoheitsverwaltung, insbesondere - aber nicht ausschließlich - auf Ansprüche aufgrund der Organhaftung nach dem OHG und für Regressansprüchen infolge der Amtshaftpflicht nach dem AHG. Die operative Tätigkeit der versicherten Personen ist vom Versicherungsschutz umfasst.

Die Grundsätze des Dienstnehmer-Haftpflichtgesetzes und ähnlicher Rechtsvorschriften finden Anwendung. Personen in vergleichbaren Funktionen nach ausländischem Recht sind ebenfalls versichert.

1.2.2 Fremdmandate

Der Versicherungsschutz gemäß Ziffer 1.1 erstreckt sich auch auf die Tätigkeit versicherter Personen und weiterer Arbeitnehmer der Versicherungsnehmerin in ihrer ehemaligen, gegenwärtigen und zukünftigen Tätigkeit als Mitglieder in Leitungs- und Aufsichtsorganen in sonstigen Gesellschaften, juristischen Personen, Stiftungen oder unternehmensbezogenen Verbänden, sofern diese Tätigkeit im Interesse, auf Veranlassung oder Weisung der Versicherungsnehmerin erfolgt und es sich bei diesen nicht um:

- Gesellschaften, die im jeweiligen Börsenindex des Prime Markets gelistet sind (z.B. ATX, DAX usw.),

- Pensionskassen,
- Gesellschaften, deren Wertpapiere in Nordamerika an einer Börse gehandelt werden, einschließlich ADR und Private Placements handelt. Versicherungsschutz für die Tätigkeit in den oben aufgezählten Gesellschaften kann jedoch aufgrund besonderer Vereinbarung gewährt werden.

Die Versicherungssumme ist auf das in der Polizza genannte Sublimit begrenzt.

2. Umfang der Versicherung

2.1 Abwendungskosten

Bereits vor Eintritt eines Versicherungsfalls in Sinne von Ziffer 1.1 hat die versicherte Person in Abstimmung mit dem Versicherer das Recht einen Rechtsanwalt zur Vertretung der Interessen der versicherten Person zu beauftragen, sofern ihr Umstände bekannt werden, die mit ausreichender Wahrscheinlichkeit zur Geltendmachung eines Haftpflichtanspruches führen können.

2.2 Abwehrfunktion, Schadenersatz

Der Versicherungsschutz umfasst die Abwehr unberechtigter Haftpflichtansprüche sowie die Befriedigung begründeter Haftpflichtansprüche. Die Abwehr umfasst insoweit klarstellend auch die Verteidigungskosten bei zivilgerichtlichen Arrestverfahren, Beschlagnahmen und Ausübungsverboten.

2.3 Vorbeugende Rechtskosten

Versicherte Personen haben ab dem Eintritt eines der nachfolgend genannten Ereignisse das Recht, die gutachterliche Überprüfung der haftungsrechtlichen Erfolgsaussichten sowie die vorsorgliche Beratung zur Abwehr von Haftpflichtansprüchen durch einen Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer oder sonstigen Sachverständigen vornehmen zu lassen:

2.3.1 Geltendmachung eines Schadenersatzanspruches gegen eine versicherte Person oder

2.3.2 Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, das sich auf die Organtätigkeit bezieht oder

2.3.3 Verweigerung der Entlastung oder die vorzeitige Kündigung des Anstellungsvertrages der versicherten Person oder wenn vereinbarte Leistungen daraus gekürzt oder nicht erbracht werden oder

2.3.4 schriftliche Ankündigung oder Androhung eines Schadenersatzanspruches oder

2.3.5 das Aufsichtsorgan oder die Gesellschafterversammlung der Versicherungsnehmerin oder Tochterunternehmen bzw. juristischer Personen im Sinne von Ziffer 1.3.2 beschließt, dass ein haftungsrelevantes Verhalten vorliegen soll oder dass ein besonderer Vertreter zur Geltendmachung eines Anspruches gegen eine versicherte Person bestellt wird.

Die Übernahme dieser Kosten erfolgt nur, wenn eine Inanspruchnahme im Sinne von Ziffer 1.1 Abs. a wahrscheinlich ist und der Versicherer der Beauftragung vorher nicht widersprochen hat. Der Versicherer kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes widersprechen. Diese Kosten sind mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

2.4 Rechtsschutz bei Aufrechnung

Versichert sind auch Kosten (insbesondere Rechtsanwaltsgebühren und Gerichtskosten) der Geltendmachung dienstvertraglicher und damit im unmittelbaren Zusammenhang stehender Ansprüche (insbesondere Gehalt, Pensionsrückstellungen), sofern die Versicherungsnehmerin mit Haftpflichtansprüchen, die im Umfang der Bedingungen dieses Vertrages versichert wären, die Aufrechnung erklärt hat. Das gilt auch für Kosten, die durch außergerichtliche Aufhebungs- und Abfindungsverträge entstehen. Kommt es in diesen Fällen zu einem Rechtsstreit, führt die versicherte Person den Rechtsstreit in ihrem Namen.

Diese Kosten sind mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

2.5 Kosten der Gehaltsfortzahlung

Sofern die Versicherungsnehmerin Haftpflichtansprüche, die im Umfang der Bedingungen dieses Vertrages versichert wären, gegen die Gehaltsforderungen versicherter Personen aufrechnet, werden diese Gehaltsforderungen auf Basis der

Abrechnung des letzten Monats in der zum Zeitpunkt der Aufrechnung vereinbarten Höhe für einen Zeitraum von maximal 12 Monaten übernommen.

Ansprüche der betroffenen versicherten Person gegen den Aufrechnenden gehen in Höhe der geleisteten Zahlungen auf den Versicherer über. Wenn die Versicherungsnehmerin die Gegenforderung auf Anspruchsgrundlagen stützt, die nicht vom Versicherungsschutz umfasst sind oder wenn sie die dienstvertraglichen Leistungen nachträglich erbringt, ist die versicherte Person zur Rückzahlung der vom Versicherer gezahlten Leistungen verpflichtet.

Diese Leistungen sind mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

2.6 Kosten Reputationsschäden

Der Versicherer gewährt auch Versicherungsschutz für die Kosten zur Minderung von Reputationsschäden versicherter Personen wegen einer Pflichtverletzung, die einen unter den Versicherungsschutz fallenden Haftpflichtanspruch zur Folge haben kann, sofern dies dem Versicherer schriftlich angezeigt wird und diese Kosten von der Versicherungsnehmerin nicht übernommen werden.

Gedeckt sind das Honorar für einen externen Public-Relations-Berater, den die versicherte Person mit dem vorherigen Einverständnis des Versicherers beauftragt, um den Schaden für das Ansehen der versicherten Person zu mindern, welcher aufgrund von Medienberichten oder anderer öffentlich zugänglicher Informationen Dritter droht oder entstanden ist.

Diese Kosten sind mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

2.7 Foreign Corrupt Practices Act

Wird erstmals ein Verfahren gemäß 15 U.S.C. Foreign Corrupt Practices Act of 1977 gegen eine versicherte Person wegen einer Pflichtverletzung, die einen Vermögensschaden verursachen kann, eingeleitet, so besteht Versicherungsschutz für die Übernahme der Abwehrkosten sowie, sofern kein gesetzliches Versicherungsverbot entgegen steht, für die Freistellung von Civil Penalties gemäß 15 U.S.C. Foreign Corrupt Practices Act of 1977 FCPA.

Diese Versicherungsleistung ist mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

2.8 Verfahrensführung, Anwaltswahl

Der Versicherer ist bevollmächtigt, alle ihm zur Beilegung des Anspruchs zweckmäßig erscheinende Erklärungen im Namen der versicherten Personen abzugeben. Kommt es in einem Versicherungsfall zu einem Rechtsstreit über den Anspruch zwischen einer versicherten Person und dem Geschädigten oder dessen Rechtsnachfolgern, so führt der Versicherer den Rechtsstreit im Namen der versicherten Person. Der Versicherer wird keinem Vergleich im Namen der versicherten Person zustimmen und kein Anerkenntnis im Namen der versicherten Person abgeben, sofern die Versicherungssumme zur Befriedigung des daraus entstehenden Schadenersatzanspruches nicht ausreicht.

Die Anwaltswahl steht vorbehaltlich eines Widerspruchsrechts des Versicherers den versicherten Personen zu.

Der Versicherer übernimmt die gebührenordnungsmäßigen Kosten und darüber hinausgehende Kosten im Rahmen von Honorarvereinbarungen, soweit diese im Hinblick auf die Schwierigkeit der Sache angemessen sind.

2.9 Forensische Dienstleister

Der Versicherer übernimmt in Ergänzung zu Ziffer 2.2 die angemessenen Kosten eines forensischen Dienstleisters für die tatsächliche Sachverhaltsaufklärung, Beweisermittlung, Beweissicherung und Beweisbeibringung, die zur Erfüllung der prozessualen Darlegungs- und Beweisobliegenheiten der in Anspruch genommenen versicherten Personen erforderlich sind.

Die Beauftragung ist vorab mit dem Versicherer abzustimmen.

2.10 Mediationsverfahren

Liegt eine Inanspruchnahme gemäß Ziffer 1.1 vor, kann mit Zustimmung des Versicherers ein Mediator zur freiwilligen, außergerichtlichen Streitbeilegung der Parteien (Anspruchsteller und versicherte Person) eingeschaltet werden.

Der Versicherer vermittelt der versicherten Person einen Mediator zur Durchführung des Mediationsverfahrens in Österreich und trägt dessen Kosten.

Diese Kosten sind mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

2.11 Allokation

Werden in einem Verfahren Schadenersatzansprüche sowohl gegen versicherte Personen als auch nicht versicherte Personen oder sowohl gegen versicherte Personen als auch gegen die Versicherungsnehmerin oder sowohl aufgrund versicherter als auch nicht versicherter Sachverhalte erhoben, so besteht Versicherungsschutz für 100% der Abwehrkosten sowie für den Teil der Vermögensschäden, der dem Haftungsanteil der versicherten Person für versicherte Sachverhalte entspricht.

2.12 Rechtsstellung, Freistellungsverpflichtung

Das Recht zur Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Versicherungsvertrag steht den versicherten Personen auch ohne Besitz des Versicherungsscheines zu. Besteht eine gesetzlich zulässige Freistellungsverpflichtung der Versicherungsnehmerin gegenüber versicherten Personen, so geht der Anspruch auf die Versicherungsleistung in dem Umfang auf die Versicherungsnehmerin über, in welchem diese ihrer Freistellungsverpflichtung nachkommt. Soweit noch keine Freistellung erfolgt ist und der Versicherer den Gläubiger befriedigt, verzichtet der Versicherer auf einen Regress beim Freistellenden.

2.13 Versicherungssumme, Anrechnung Kosten, Abwehrkostenzusatzlimit, Wiederauffüllung der Versicherungssumme

2.13.1 Die Leistungspflicht des Versicherers innerhalb einer Versicherungsperiode ist je Versicherungsfall und für alle Versicherungsfälle zusammen auf die im Versicherungsschein genannte Versicherungssumme begrenzt. In der Versicherungssumme enthalten sind Zinsen sowie sämtliche Leistungen des Versicherers, einschließlich aller Kosten, Sicherheitsleistungen, Vorschüsse, externen Abwehrkosten wie Anwalts-, Sachverständigen-, Zeugen- und Gerichtskosten, forensischer Dienstleister, Reisekosten der versicherten Person an den Ort des zuständigen Gerichts sofern das persönliche Erscheinen vom Gericht angeordnet wurde, Aufwendungen zur Abwendung oder Minderung des Vermögensschadens bei oder nach Eintritt des Versicherungsfalls sowie extern veranlasste Schadenermittlungskosten. Abwehrkosten werden auch dann bis zur Versicherungssumme als Jahreshöchstleistung übernommen, wenn in einem Versicherungsfall der Streitwert die Versicherungssumme übersteigt.

2.13.2 Ist die Versicherungssumme einer Versicherungsperiode vollständig aufgebraucht, so steht den versicherten Personen als zusätzliche Summe für Abwehrkosten die in der Polizza genannte Summe zur Verfügung. Dies gilt nur, sofern der Versicherungsfall während der Vertragslaufzeit eintritt und kein anderer Versicherungsschutz zur Verfügung steht. Sofern Schadenersatz in einer Fremdwährung ausgezahlt wird, gilt der amtliche Mittelkurs am Auszahlungstag.

2.13.3 Sofern die Versicherungssumme einer Versicherungsperiode vollständig ausgeschöpft ist, kann die Versicherungsnehmerin diese Versicherungssumme gegen einen Prämienzuschlag in Höhe von 150% der Jahresprämie dieser Versicherungsperiode wieder vollständig auffüllen. Dies gilt nicht, sofern die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Versicherungsnehmerin beantragt wurde. Ziffer 2.13.1 bleibt unberührt. Die Wiederauffüllung ist innerhalb einer Versicherungsperiode nur einmal möglich.

2.14 Serienschaden

Unabhängig von den einzelnen Versicherungsperioden gelten mehrere während der Wirksamkeit des Versicherungsvertrags geltend gemachte Ansprüche eines oder mehrerer Anspruchsteller

- aufgrund einer Pflichtverletzung, welche durch eine oder mehrere versicherte Personen begangen wurde,
- aufgrund mehrerer Pflichtverletzungen, welche durch eine oder mehrere versicherte Personen begangen wurden, sofern diese Pflichtverletzungen demselben Sachverhalt zuzuordnen sind und miteinander in rechtlichem, wirtschaftlichem oder zeitlichem Zusammenhang stehen,

als ein Versicherungsfall.

Dieser Versicherungsfall gilt unabhängig von dem tatsächlichen Zeitpunkt der Geltendmachung der einzelnen Haftpflichtansprüche als in dem Zeitpunkt eingetreten, in dem der erste Haftpflichtanspruch erstmals schriftlich geltend gemacht wurde. Liegt die erste Pflichtverletzung zeitlich vor Beginn des Versicherungsvertrags oder ist aufgrund von

Kenntnis für diese die vereinbarte Rückwärtsversicherung ausgeschlossen, so gelten alle Pflichtverletzungen dieser Serie als nicht versichert.

3. Ausschlüsse

Es besteht kein Versicherungsschutz für Versicherungsfälle im Zusammenhang mit:

3.1 Vorsätzlicher Pflichtverletzung

Direkt vorsätzlicher Pflichtverletzung der in Anspruch genommenen Person. Bedingt vorsätzliche Pflichtverletzungen sind vom Versicherungsschutz umfasst. Sofern die direkt vorsätzliche Pflichtverletzung streitig ist, besteht Deckungsschutz für die Abwehrkosten. Wird eine direkt vorsätzliche Pflichtverletzung rechtskräftig festgestellt, entfällt der Versicherungsschutz rückwirkend mit der Folge, dass die versicherte Person dem Versicherer die erbrachten Leistungen zurückzugewähren hat.

Bei einer direkt vorsätzlichen Verletzung von internen Richtlinien oder Vorschriften besteht Versicherungsschutz, soweit die versicherte Person bei objektiver Würdigung aller Umstände und unter Berücksichtigung des Gesellschaftswohls annehmen durfte, dass die Befolgung der internen Richtlinien oder Vorschriften rechtlich nicht erforderlich und insoweit ihr Handeln rechtmäßig war.

3.2 Strafen

Schadenersatzansprüchen, welche Entschädigungen mit Strafcharakter (z.B. „punitive“ oder „exemplary damages“) zur Folge haben, sofern ein gesetzliches Versicherungsverbot besteht.

3.3 Innenverhältnis USA, Kanada

Schadenersatzansprüchen der Versicherungsnehmerin gegen versicherte Personen oder Ansprüche der versicherten Personen untereinander, die in den USA oder Kanada oder auf Basis des Rechts dieser Länder geltend gemacht werden, es sei denn

3.3.1 es handelt sich um Abwehrkosten,

3.3.2 eine versicherte Person nimmt als unmittelbare Folge eines versicherten Schadenersatzanspruches Regress oder macht einen Ausgleichsanspruch geltend,

3.3.3 diese Ansprüche werden von Aktionären ohne jegliche Unterstützung, Förderung oder Veranlassung einer versicherten Person, oder der Versicherungsnehmerin, oder von einer ehemaligen versicherten Person erhoben.

3.4 Zusatzausschlüsse USA

3.4.1 Schadenersatzansprüchen in den USA, die ganz oder teilweise auf tatsächlichen oder angeblichen Verstößen gegen Bestimmungen

- des US-Gesetzes zur Sicherung des Ruhestandseinkommens von Angestellten (Employee Retirement Income Security Act von 1974),
- des US-Securities Act von 1933, des US-Securities Exchange Act von 1934, Title IX des Organized Crime Control Act von 1970 (bekannt als Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act, oder RICO), sowie entsprechender Durchführungs- und Verwaltungsvorschriften dieser Bestimmungen oder vergleichbarer Bundes- oder Staatsgesetze, einschließlich bundesstaatlicher „Blue Sky-Laws“ oder entsprechender Grundsätze des Common Law beruhen.

3.4.2 Schadenersatzansprüchen in den USA im Zusammenhang mit Anstellungsschadenersatzansprüchen, z. B. Diskriminierung, Belästigung, Diffamierung etc. und im Zusammenhang mit Umwelteinwirkungen.

3.5 Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzungen

Schadenersatzansprüchen gegen versicherte Personen, die eine arglistige Täuschung begangen haben, die nach den allgemeinen gesetzlichen Regelungen zur Anfechtung des Versicherungsvertrages berechtigen würde. Das gleiche gilt für versicherte Personen, welche Kenntnis von der Vornahme einer solchen Handlung hatten, es sei denn, sie haben den Gefahrenumstand, über den getäuscht wurde, unverzüglich angezeigt.

Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind ferner Schadenersatzansprüche, welche auf Umständen beruhen, hinsichtlich derer eine vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung begangen wurde und die gemäß § 16 VersVG zum Rücktritt vom Versicherungsvertrag berechtigen würde. Abweichend hiervon bleiben jedoch Schadenersatzansprüche gegen versicherte Personen gedeckt, welche die Anzeigepflichtverletzung nicht selbst begangen haben und keine Kenntnis von der Vornahme einer solchen Handlung hatten.

Der Versicherer kann sich auf diesen Ausschluss nur dann berufen, sofern er der Versicherungsnehmerin die arglistige Täuschung bzw. die Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht innerhalb eines Monats seit seiner Kenntniserlangung schriftlich mitteilt und auf die Rechtsfolge gemäß den beiden vorstehenden Absätzen hinweist.

4. Zurechnung

4.1 Kenntnis, Verhalten oder Verschulden einer versicherten Person werden anderen versicherten Personen deckungsrechtlich nicht zugerechnet.

4.2 Bei der Versicherungsnehmerin kommt es ausschließlich auf die Kenntnis, das Verhalten, das Verschulden oder die begangenen Obliegenheitsverletzungen des Vorsitzenden des Vorstandes/der Geschäftsführung sowie des Finanzvorstands bzw. Geschäftsführers Finanzen, des Leiters der Rechtsabteilung und der Versicherungsabteilung an.

5. Rücktritts- und Anfechtungsverzicht

Für arglistig täuschende versicherte Personen besteht kein Versicherungsschutz. Im Übrigen verzichtet der Versicherer für diese Fälle auf das Recht der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung, wegen Irrtums, auf das Recht zum Rücktritt und auf ein außerordentliches Kündigungsrecht sowie auf Einwendungen wegen etwaiger Schadenersatzansprüche aus culpa in contrahendo oder Deliktsrecht; § 16 VersVG findet insoweit keine Anwendung.

6. Non-Admitted-Countries

Soweit versicherte Personen oder Tochtergesellschaften aufgrund ausländischer Rechtsvorschriften keinen Anspruch gegen den Versicherer auf Versicherungsschutz aus diesem Vertrag haben oder haben dürfen, besteht für sie dort kein Versicherungsschutz.

In diesen Fällen gilt ungeachtet des Wahlrechts des Versicherers (Ziffer 2.2 bleibt unberührt) folgendes: Stehen Haftpflichtansprüche ausländischer Tochtergesellschaften gegenüber versicherten Personen fest, gewährt der Versicherer der Versicherungsnehmerin die Kosten der Befriedigung dieser Ansprüche, die er den Versicherten – würde die Leistungsfreiheit nach Absatz 1 nicht bestehen – erstatten müsste. Je Versicherungsfall und Versicherungsperiode gilt ein Sublimit gemäß Polize.

7. Umstandsmeldung

Die Versicherungsnehmerin und versicherte Personen können bis zur Beendigung des Versicherungsvertrages dem Versicherer Umstände vorsorglich melden, die mit ausreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Inanspruchnahme führen können. Wird das Vertragsverhältnis durch den Versicherer beendet, kann eine Meldung noch innerhalb von 3 Monaten nach Vertragsende erfolgen. Für den Fall einer Inanspruchnahme wird dann angenommen, dass diese zu dem Zeitpunkt der vorsorglichen Meldung der Sachverhalte erstmals erfolgte.

Teil C: Strafrechtsschutz

1. Gegenstand der Versicherung

1.1 Versicherungsschutz

Versicherungsschutz besteht für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen beim Vorwurf der Verletzung von Vorschriften des Straf- und Verwaltungsstrafrechts sowie bei Disziplinar- und Standesverfahren wegen Handlungen und Unterlassungen im Zusammenhang mit dem Geschäftsgegenstand der Versicherungsnehmerin bzw. der mitversicherten Unternehmen.

1.2 Versicherte Personen und Tätigkeit

Über den Kreis der Personen gem. Teil B Ziffer 1.2 hinaus besteht Versicherungsschutz ferner für die Versicherungsnehmerin und deren Tochterunternehmen sowie mitversicherten Unternehmen, für die Gesellschafter - soweit natürliche Personen - und für alle Betriebsangehörigen (ob dauerhaft, zeitweise oder ehrenamtlich beschäftigt, ob Praktikant, Leiharbeiternehmer oder freie Mitarbeiter) und alle Gemeindebedienstete.

Versichert sind auch Mitarbeiter von Fremdfirmen, Angehörige der steuerberatenden Berufe und Liquidatoren, soweit es um Vorwürfe geht, die sie in Ausübung ihrer Aufgabenerfüllung für Versicherte begangen haben, oder begangen haben sollen.

Versicherungsschutz erhalten auch die aus den Diensten der Versicherungsnehmerin bzw. mitversicherter Unternehmen ausgeschiedenen Personen für Versicherungsfälle, die sich aus ihrer früheren Tätigkeit für die Versicherungsnehmerin/mitversicherte Unternehmen ergeben. Die Versicherungsnehmerin muss der Rechtsschutzgewährung zustimmen.

Teil B Ziffer 1.3.2 findet ebenfalls Anwendung. (Fremdmandate)

2. Umfang der Versicherung

2.1 Der Versicherungsschutz umfasst nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Kosten, die bei der Wahrnehmung der rechtlichen Interessen der versicherten natürlichen und juristischen Personen entstehen. Hierzu gehören die anwaltliche

2.1.1 Verteidigung in den unter Ziffer 1.1 fallenden Verfahren einschließlich des Aufwands für einvernehmliche Beendigungen der Verfahren;

Zur Verteidigung im Sinne der Ziffer 1.1 zählt auch die anwaltliche Tätigkeit

- bei Straf- und Zeugenentschädigungsmaßnahmen
- bei freiheitsentziehenden Maßnahmen
- Entziehung der Fahrerlaubnis
- bei Berufs- und Fahrverboten
- bei der Vermögensabschöpfung (Verfall und Einziehung)
- bei dinglichem Arrest (Vermögenssicherungsmaßnahmen)
- bei Dienstaufsichtsbeschwerden (aktiv und passiv)
- bei Überwachung der Telekommunikation (Lauschangriffen)
- bei Online-Durchsuchungen
- bei Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen und körperlichen Untersuchungen
- wenn Versicherte sich auf eine Kronzeugenregelung berufen
- vor Verfassungsgerichten
- in Vollstreckungsverfahren
- bei der Beobachtung anderer Prozesse, die für die Verteidigung in versicherten Verfahren von Bedeutung sein können (Kostenübernahme nach vorheriger Zustimmung des Versicherers);
- zur Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche auf Entschädigung bei zu Unrecht erlittenen Nachteilen im Zuge eines Strafverfahrens

- im Zusammenhang mit einem internationalen Haftbefehl gegen Versicherte und in Auslieferungsverfahren, die dem Zweck der Strafverfolgung und Strafvollstreckung dienen
- der Koordination der Tätigkeit von Beschuldigtenverteidigern und Zeugenbeiständen, wenn in einem Ermittlungsverfahren gegen Versicherte mehrere Beschuldigte oder Zeugen betroffen sind (Kostenübernahme nach vorheriger Zustimmung des Versicherers)
- bei der Erstattung von Strafanzeigen/Erstellung von Strafanträgen, die der Unterstützung der Verteidigung dienen

2.1.2 Vertretung versicherter Personen vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen;

2.1.3 Tätigkeit bei Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen;

2.1.4 Tätigkeit in Verwaltungs-, Steuerungs-, Sozialrechts- und Arbeitsrechtsverfahren vor Behörden und Gerichten, die dazu dient, die Verteidigung in Verfahren gemäß Ziffer 1.1 zu unterstützen oder deren Einleitung zu verhindern;

2.1.5 Tätigkeit in verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten vor Gerichten im Zusammenhang mit der Stilllegung eines versicherten Betriebs- bzw. Betriebsteils oder dem Entzug der Gewerbeberechtigung als Folge eines versicherten Straf- oder Verwaltungsstrafverfahrens;

2.1.6 Beratung und Betreuung von Zeugen, auch wenn diese nicht zu den Versicherten gehören;

2.1.7 Tätigkeit für die Vertretung versicherter Unternehmen gegenüber Strafgerichten, Strafverfolgungsbehörden, sowie allen sonstigen Stellen, die befugt sind, wegen Verwaltungsstraftaten zu ermitteln (Firmenstellungnahme);

2.1.8 in Wiederaufnahmeverfahren;

2.1.9 zur Abwehr vermögensrechtlicher Ansprüche Dritter gegen Versicherte, die innerhalb eines versicherten Verfahrens gem. Ziffer 1.1 nach den Vorschriften der Strafprozessordnung über Adhäsionsverfahren geltend gemacht werden;

2.2 Bereits vor Einleitung von Ermittlungsverfahren besteht Versicherungsschutz für notwendige anwaltliche Beratungen, wenn

- im Rahmen von Ermittlungsverfahren gegen Dritte auch Handlungen und Unterlassungen versicherter Personen untersucht werden;
- bei Betriebsprüfungen gegen versicherte Unternehmen Tatbestände ermittelt werden, die zu Mitteilungen an die Finanzstraßbehörden führen oder führen können;
- von Dritten im Rahmen eines gegen versicherte Unternehmen rechtshängigen Verfahrens die Verletzung von Straftatbeständen durch Versicherte behauptet und mit einer Strafanzeige gedroht wird;
- in Medien oder sonstigen der Allgemeinheit zugänglichen Publikationen die Verletzung von Straftatbeständen durch Versicherte behauptet wird;
- bei Versicherten Anhaltspunkte für verbotene Insidergeschäfte vorliegen und die zuständigen Behörden auf Basis gesetzlicher Grundlage Auskünfte verlangen;
- die Möglichkeit und Notwendigkeit von Selbstanzeigen gem. §§ 371, 378 Absatz 3 Abgabenordnung (AO) geprüft wird.

2.3 Versicherungsfall

Als Versicherungsfall gilt:

- bei Ziffer 2.1.1 und 2.1.7 die erste behördliche oder gerichtliche Ermittlungshandlung gegen das versicherte Unternehmen und/oder eine versicherte natürliche Person bzw. die behördliche/gerichtliche Anordnung der aufgeführten Maßnahmen;
- bei Ziffer 2.1.2 die Ladung des Versicherten zur Ausschusssitzung
- bei Ziffer 2.1.3 der Beginn der Durchsuchungs- oder Beschlagnahmeaktion
- bei Ziffer 2.1.4 und 2.1.5 die förmliche Einleitung des entsprechenden Verfahrens

- bei Ziffer 2.1.8 in Wiederaufnahmeverfahren zugunsten des Versicherten der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, zuungunsten des Versicherten die Eröffnung des neuen Hauptverfahrens
- bei Ziffer 2.1.9 die gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche im Rahmen eines versicherten Verfahrens

Sind in demselben Verfahren gemäß Ziffer 1.1 mehrere Versicherte betroffen, handelt es sich um einen Versicherungsfall. Das Gleiche gilt, wenn mehrere Verfahren gemäß Ziffer 1.1 zeitlich und ursächlich zusammenhängen.

2.4 Versicherte Kosten

Der Versicherer trägt die den Versicherten entstehenden Kosten versicherter Verfahren. Hierzu gehören:

2.4.1 die tatsächlich anfallenden Verfahrenskosten.

2.4.2 die angemessenen Kosten des vom Versicherten beauftragten Rechtsanwalts, sowie die üblichen Auslagen. Für die Beurteilung der Angemessenheit der anwaltlichen Vergütung sind die Autonomen Honorar-Kriterien zugrunde zu legen. Zu berücksichtigen sind insbesondere die voraussichtliche Leistung und Mühewaltung des Rechtsanwaltes, das angestrebte Ergebnis sowie bei natürlichen Personen deren persönliche Verhältnisse. Wenn, soweit gesetzlich erlaubt, anstelle eines Rechtsanwaltes ein Steuerberater oder Hochschulprofessor mit der Verteidigung beauftragt wird, finden die obigen Bestimmungen sinngemäß Anwendung.

2.4.3 die angemessenen Kosten für die Interessenwahrnehmung durch mehrere Strafverteidiger, sofern Mitglieder der Geschäftsführung oder Aufsichtsorgane versicherter Unternehmen in Verfahren nach Ziffer 2.1.1 vertreten werden und ihre Beauftragung sachdienlich ist. Gleiches gilt für die sonstigen versicherten Personen bei vorheriger Zustimmung des Versicherers.

2.4.4 die angemessenen Kosten der Sachverständigengutachten, die Versicherte zur Unterstützung ihrer Verteidigung in Auftrag geben. Nach vorheriger Abstimmung mit dem Versicherer werden auch die angemessenen Kosten von Rechtsgutachten erstattet. Hinsichtlich der Angemessenheit gilt Ziffer 2.4.2.

2.4.5 die angemessenen Kosten notwendiger Reisen versicherter Personen, ihrer Anwälte und Sachverständigen, die im Zusammenhang mit der Verteidigung in versicherten Verfahren anfallen.

2.4.6 die angemessenen Kosten eigener Ermittlungen der Verteidiger in versicherten Verfahren gemäß Ziffer 2.1.1 z.B. durch Beauftragung einer Wirtschaftsdetektei.

2.4.7 angemessene Kosten für die Übersetzung der für die Verteidigung und den Zeugenbeistand notwendigen Unterlagen und die erforderliche Hinzuziehung von Dolmetschern.

2.4.8 freiwillig von Versicherten übernommene Kosten eines Privatbeteiligten, wenn damit die Einstellung des Verfahrens erreicht wird, obwohl hinreichender Tatverdacht fortbesteht. Die Kosten werden bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung gemäß Rechtsanwaltstarifgesetz (RATG) übernommen.

2.4.9 Kosten (Zinsen, Bürgschafts- und Bearbeitungskosten) für alle Sicherheitsleistungen, die Versicherte zum Zweck der Haftverschonung zahlen. Für den Fall, dass Versicherte Leistungen zur Haftverschonung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe aufbringen können, stellt der Versicherer zinslose Darlehen von bis zu gemäß Polizze je Versicherungsfall zur Verfügung. Zur Rückzahlung sind die Leistungsempfänger (Begünstigte) und die versicherten Unternehmen gesamtschuldnerisch verpflichtet. Die Begünstigten sind vorleistungspflichtig und müssen zuerst in Anspruch genommen werden.

2.4.10 die angemessenen Kosten notwendiger journalistischer Beratungen im Zusammenhang mit einem gegen Versicherte eingeleiteten Straf- oder Verwaltungsstrafverfahren, einschließlich der erforderlichen prozessbegleitenden Kommunikation.

2.4.11 die angemessenen Kosten für die Vertretung Versicherter als Angeklagte in Privatklageverfahren (§ 374 ff. Strafprozessordnung) vor österreichischen Gerichten. Gleiches gilt für die Kosten vorher notwendiger Sühneversuche nach § 380 StPO.

3. Ausschlüsse

Versicherungsschutz besteht nicht beim Vorwurf:

- Preis- und wettbewerbsbeschränkenden Absprachen

Der Versicherungsschutz entfällt nachträglich bei rechtskräftiger Verurteilung wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat (Ausnahme: Strafbefehlsverfahren). In diesem Fall haben Versicherte erbrachte Leistungen zurückzuerstatten. Bei rechtskräftiger Verurteilung sowohl wegen Vorsatzes als auch wegen Fahrlässigkeit besteht die Rückzahlungsverpflichtung anteilig, soweit Vorsatz betroffen ist.

Kosten der Firmenstellungnahme müssen nicht zurückerstattet werden.

4. U-Haft Paket

Wird im Rahmen eines versicherten Verfahrens gegen versicherte Personen Untersuchungshaft angeordnet oder vollzogen, trägt der Versicherer pro Tag der Inhaftierung 300 EUR für Organmitglieder und 150 EUR für sonstige versicherte Personen.

Der Versicherer trägt ferner die angemessenen Kosten für:

- Reisen naher Angehöriger (z.B. Ehepartner, Lebenspartner, Kinder, Eltern und Geschwister) zum Ort der Untersuchungshaft,
- anwaltliche und/oder psychologische Unterstützung naher Angehöriger und den durch ihre Abwesenheit notwendig gewordenen Betreuungsaufwand,
- psychologische Unterstützung inhaftierter Versicherter während und nach der Untersuchungshaft.
- Die Rückführung des Kraftfahrzeuges zum gewöhnlichen Standort. Gilt nur innerhalb Europas (im geografischen Sinne)

Die Angemessenheit der Kosten bestimmt sich nach Ziffer 2.4.2. Der Versicherungsnehmer muss der Leistungsgewährung zustimmen.

Versicherungssumme gemäß Police.

5. Service / sonstige Leistungen

Unter der Hotline **+43 / 664 49 75 674** stehen rund um die Uhr - auch an Sonn- und Feiertagen - erfahrene Strafverteidiger einer renommierten Strafverteidiger-Kanzlei zur Verfügung, um bei akutem Handlungsbedarf und in Notfällen weiterzuhelfen, z.B.

- bei plötzlichen und überraschenden Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen
- bei Anordnung der Untersuchungshaft gegen versicherte Personen. Sollte dieser Fall eintreten, werden sofort alle notwendigen Schritte eingeleitet um bestmögliche Unterstützung zu bieten, auch im Ausland. Der Service umfasst nicht nur die Vermittlung eines ortsansässigen Strafverteidigers, sondern auch die Einschaltung von Botschaften und Konsulaten und den Versand notwendiger Medikamente.

6. Neue Risiken

Für Risiken, die für Versicherte nach Abschluss der Versicherung neu entstehen, besteht ebenfalls Versicherungsschutz, wenn dem Versicherer die Veränderung zur nächsten Hauptfälligkeit angezeigt wird oder sich dies aus dem Geschäftsbericht ergibt.

7. Insolvenz

Bei Insolvenz der Versicherungsnehmerin besteht Versicherungsschutz auch für Straf- und Verwaltungsstraftverfahren, die nach Beendigung des Versicherungsvertrages eingeleitet werden, wenn die dem Tatvorwurf zugrunde liegende Handlung oder Unterlassung während der Vertragslaufzeit begangen wurde oder begangen worden sein soll. Der Versicherungsschutz endet zwei Jahre nach Eröffnung.

8. Versicherungssumme

Die Versicherungssumme gilt je Versicherungsfall und Person und bildet gleichzeitig die Gesamtversicherungssumme für alle zeitlich und ursächlich zusammenhängenden Versicherungsfälle.

9. Anwaltswahl

Die Versicherten haben das Recht, Ihren Verteidiger frei zu wählen. Auf Wunsch empfiehlt der Versicherer qualifizierte Strafverteidiger und Sachverständige und stellt den Kontakt zu ihnen her.

10. Rechtsstellung

Die Versicherungsnehmerin kann der Rechtsschutzgewährung für versicherte Personen widersprechen, wenn gegen diese Personen Vorwürfe wegen Handlungen oder Unterlassungen erhoben werden, die sich gegen die Vermögensinteressen der Versicherungsnehmerin oder mitversicherter Unternehmen richten.

11. Non-Admitted-Countries

Soweit versicherte Personen oder Tochterunternehmen aufgrund ausländischer Rechtsvorschriften keinen Anspruch gegen den Versicherer auf Versicherungsschutz aus diesem Vertrag haben oder haben dürfen, besteht für sie dort kein Versicherungsschutz. Der Versicherer wird in einem solchen Fall die Versicherungsleistung direkt an die Versicherungsnehmerin erbringen.

Teil D: Vertrauensschaden-Versicherung (VSV)

1. Gegenstand der Versicherung

Der Versicherer gewährt im Umfang dieser Versicherungsbedingungen weltweit Versicherungsschutz für Schäden am Vermögen der Versicherungsnehmerin und Tochterunternehmen, die während des Bestehens dieses Versicherungsvertrages entdeckt und die von Vertrauenspersonen bzw. Dritten nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen verursacht werden.

2. Umfang der Versicherung

Der Versicherungsschutz umfasst Schäden am Vermögen, die

2.1 von einer Vertrauensperson

2.1.1 durch vorsätzliche unerlaubte Handlungen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen zum Schadenersatz verpflichten, unmittelbar verursacht werden.

2.1.2 dadurch verursacht werden, dass diese Vertrauensperson vorsätzlich und unberechtigt der Geheimhaltung unterliegende Informationen, Verfahren, Materialien, Substanzen oder sonstige Betriebsgeheimnisse widerrechtlich verwendet. Teil D Ziffern 3.1 sowie 7.2 finden hierfür keine Anwendung.

2.1.3 dadurch verursacht werden, dass diese Vertrauensperson einem Dritten durch vorsätzliche unerlaubte Handlungen unmittelbar einen Schaden zufügt, für den die Versicherungsnehmerin bzw. das Tochterunternehmen nach den gesetzlichen Bestimmungen über unerlaubte Handlungen schadenersatzpflichtig ist.

2.2 von einem außen stehenden Dritten

2.2.1 durch jede Form von Handlungen oder Unterlassungen, welche einen Straftatbestand im Sinne des Strafgesetzbuches erfüllen, in der Absicht zugefügt werden, sich selbst oder einen anderen Dritten rechtswidrig zu bereichern. Dies gilt auch, wenn der Schaden in Form der Ersatzpflicht des versicherten Unternehmens gegenüber einem anderen Dritten entsteht.

Dies gilt auch für Schäden als Folge einer durch einen Kreditnehmer begangenen Täuschung, die durch gefälschte Zahlungsmittel, Schecks oder Wechsel erfolgt ist oder zur Vergabe oder Erhöhung und Auszahlung eines Darlehens bzw. Kredits geführt hat. Voraussetzung hierfür ist aber, dass der Versicherungsnehmer bzw. das Tochterunternehmen die Voraussetzungen für die Entgegennahme der Zahlungsmittel/Schecks bzw. für Vergabe bzw. Erhöhung des Darlehens/Kredits ordnungsgemäß geprüft und dokumentiert hat und die Täuschung bei ordnungsgemäßer Prüfung nicht hatte erkennen können.

2.2.2 in Form der Anweisung einer Überweisung durch das kontoführende Kreditinstitut im Rahmen der für die Versicherungsnehmerin bzw. ein Tochterunternehmen durchgeführten elektronischen Bankgeschäfte als Folge unrechtmäßiger Erlangung von Benutzerdaten aufgrund eines rechtswidrigen Eingriffs (z.B. durch Pharming, Phishing, Spyware o.ä.)

2.2.2.1. in die EDV-Systeme des versicherten Unternehmens veranlasst werden.

2.2.2.2. in EDV-Systeme, die von dem versicherten Unternehmen (insbesondere durch outsourcing) genutzt werden, veranlasst werden; dies gilt nur, insoweit das versicherte Unternehmen sämtliche jeweils markt- bzw. branchenüblichen Sicherheitsstandards (insbesondere Firewalls, Passwörter, Virenschutzmechanismen etc.) eingerichtet und berücksichtigt hat und gegenüber dem Betreiber der EDV-Systeme entweder keinen Anspruch zur Schadlosstellung hat oder zwar einen solchen Anspruch hat, dieser aber nicht durchsetzbar ist.

Teil D Ziffern 3.1 und 7.2 finden hierfür keine Anwendung.

2.2.3 dadurch zugefügt werden, dass der Verkauf von Leistungen über das Internet infolge eines Eingriffs in die EDV-Systeme behindert wird. Soweit die Versicherungsnehmerin bzw. das Tochterunternehmen dem Versicherer nachweisen, dass sich hierdurch der Verkauf ihrer Leistungen über das Internet um mehr als 25% gegenüber dem Durchschnitt der letzten zwölf Monate vor dem Eingriff verringert hat und diese Verringerung direkte Folge des Eingriffs ist,

ersetzt der Versicherer den hierdurch entstandenen Schaden. Teil D Ziffern 3.1 und 7.2 finden hierfür keine Anwendung.

2.2.4 durch Handlungen unmittelbar verursacht werden, welche einen Straftatbestand im Sinne des Strafgesetzbuches erfüllen und insoweit es sich um vorsätzliche, unbefugte und böswillige Veränderung, Ergänzung, Löschung oder Zerstörung von Programmen, Daten oder Computerbefehlen handelt, welche zu einer mindestens teilweisen Unbrauchbarkeit oder Unbenutzbarkeit von EDV-Systemen führen. Teil D Ziffern 3.1 und 7.2 finden hierfür keine Anwendung.

2.3 der Versicherungsnehmerin bzw. einem Tochterunternehmen

2.3.1 durch Verlieren der einer Vertrauensperson anvertrauten Werte zugefügt werden, weil die Vertrauensperson zur Betreuung der Werte den Umständen nach nicht mehr in der Lage gewesen ist.

2.3.2 durch Feuer zugefügt werden, in dem einer Vertrauensperson anvertraute Werte auf dem Transportweg vernichtet worden sind.

Die Entschädigungsleistung gemäß der vorstehend genannten Ziffern 2.1.2 und 2.2 ist mit den in der Polizza genannten Sublimite begrenzt.

3. Ausschlüsse

Es besteht kein Versicherungsschutz im Zusammenhang mit Schäden,

3.1 die mittelbar verursacht werden (z.B. entgangener Gewinn, Zinsen, Ordnungsstrafen, Löse-, Erpressungs- oder Schmerzensgelder, Schäden im Zusammenhang mit Diskriminierung und Betriebsunterbrechung, Zölle, Abgaben und Gebühren, Aufwendungen durch einen Personenschaden), es sei denn, diese Schäden sind ausdrücklich mitversichert.

3.2 die durch Vertrauenspersonen verursacht werden, von denen die Versicherungsnehmerin bzw. Tochterunternehmen bei Beginn dieses Versicherungsvertrages bzw. Einschluss in die Versicherung wussten oder wissen mussten, dass sie bereits Handlungen im Sinne von Ziffer 2 begangen haben.

3.3 die von Vertrauenspersonen, die Tatbestände im Sinne der Ziffer 2 in Diensten der Versicherungsnehmerin, eines Tochterunternehmens oder im Verhältnis zu Dritten verwirklicht haben, nach dem Zeitpunkt verursacht wurden, in dem die Versicherungsnehmerin bzw. ein Tochterunternehmen von der Tatbestandsverwirklichung Kenntnis erhält; Entschädigungsansprüche, die der Versicherungsnehmerin bzw. dem Tochterunternehmen bezüglich dieser Vertrauenspersonen während ihres Einschlusses in die Versicherung und vor dem Zeitpunkt der Kenntnisnahme entstehen, sind vom Erlöschen des Versicherungsschutzes nicht berührt.

3.4 die von persönlich haftenden Gesellschaftern oder Gesellschaftern mit einer Beteiligung von mehr als 20 % am stimmberechtigten Kapital der von ihnen vertretenen Gesellschaften verursacht werden bezüglich des Schadenanteils, der ihrer Beteiligungsquote entspricht; als Beteiligung gilt auch die Summe der direkten oder indirekten Beteiligungen der Kinder und/oder Ehegatten dieser Personen.

3.5 die von einer Vertrauensperson durch Handel mit Finanzinstrumenten wie Aktien, Wertpapieren, Derivaten, Devisen, Investments oder durch Termingeschäfte oder aufgrund der Gewährung von Krediten verursacht werden, soweit die Vertrauensperson den Schaden nicht vorsätzlich zum Nachteil der Versicherungsnehmerin oder eines Tochterunternehmens verursacht hat, um sich selbst oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Als Bestreben, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, gilt es nicht, wenn die Vertrauensperson lediglich eine erhöhte Vergütung (Lohn, Gehalt, Tantiemen usw.) angestrebt hat.

3.6 die durch Vertrauenspersonen verursacht wurden, die eine arglistige Täuschung begangen haben, die nach den allgemeinen gesetzlichen Regelungen zur Anfechtung des Versicherungsvertrages berechtigen würde. Dies gilt entsprechend für Vertrauenspersonen, die Kenntnis von einer solchen Handlung hatten, es sei denn, sie haben dem Gefahrenumstand, über den getäuscht wurde, unverzüglich angezeigt. Ausgeschlossen sind weiter Schäden, die auf Umständen beruhen, hinsichtlich derer eine vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung begangen wurde und die zum

Rücktritt vom Versicherungsvertrag berechtigen würde. Der Versicherer kann sich auf diesen Ausschluss nur dann berufen, wenn er die Verletzung vorvertraglicher Anzeigepflichtverletzungen bzw. arglistiger Täuschung innerhalb eines Monats nach Kenntniserlangung schriftlich mitteilt und auf die Rechtsfolge hinweist.

3.7 im Sinne von Ziffer 2.2, die

- aus der Übernahme einer Bürgschaft durch die Versicherungsnehmerin in ihrer Eigenschaft als Bürge für einen Dritten entstehen, und/oder
- aus der Stundung, Niederschlagung oder dem Erlass einer Schuld entstehen, und/oder
- dadurch entstehen, dass ein versichertes Unternehmen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Forderungen (Factoring), in- oder ausländischer Unternehmen sowie von Immobilien, Edelsteinen getäuscht wird, und/oder
- im Zusammenhang mit Konnossementen/ Frachtbriefen oder Werttransporten entstehen.

4. Erstattung von Aufwendungen

4.1 Der Versicherer erstattet der Versicherungsnehmerin bzw. Tochterunternehmen im Rahmen der jeweils geltenden Versicherungssumme folgende nachweislich entstandenen, notwendigen und angemessenen zusätzlichen internen und externen Kosten im Zusammenhang mit einem versicherten Schaden:

- 4.1.1 Kosten der Schadenermittlung, die im Zusammenhang mit der Aufklärung und Rekonstruktion des Schadenhergangs, der Feststellung der Schadenhöhe oder der Ermittlung des Schadenverursachers entstehen,
- 4.1.2 Kosten der Rechtsverfolgung, die unmittelbar mit dem Versicherungsfall im Zusammenhang stehen und bei der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen einen Schadenverursacher anfallen, um Entschädigungsansprüche in gleicher Art und Höhe wie aus dieser Versicherung zu erlangen,
- 4.1.3 Kosten - maximal in Höhe der gesetzlichen Gebühren nach AHK - für die Abwehr eines von einem Dritten geltend gemachten Anspruchs, der durch vorsätzliche unerlaubte Handlungen einer Vertrauensperson verursacht worden sein soll.

4.2 Leistet der Versicherer eine Entschädigung aufgrund von Sachverhalten gemäß Ziffer 2, so hat die Versicherungsnehmerin bzw. das Tochterunternehmen im Rahmen der vereinbarten Versicherungssumme Anspruch auf Erstattung der angemessenen und notwendigen Kosten zur Wiederherstellung ihres Ansehens und ihres Bildes in der Öffentlichkeit, die durch Beauftragung eines externen Rechtsanwaltes oder eines Public Relations Beraters entstanden sind. Ziffer 5.1 findet insoweit keine Anwendung.

4.3 Der Versicherer ersetzt Kosten für Maßnahmen, welche zur Feststellung und Aufklärung des Verdachtes der Spionage nach den Umständen objektiv geboten und notwendig sind. Erweist sich der Verdacht als unbegründet, ist aufgeklärt oder kann nicht mehr mit einer entsprechenden Maßnahme aufgeklärt werden, endet der Versicherungsschutz bezüglich dieses Kostenersatzes. Spionage im Sinne dieser Bedingungen ist der vorsätzlich versuchte oder erfolgte unberechtigte Zugriff von außen stehenden Dritten auf Betriebsgeheimnisse, insbesondere der Geheimhaltung unterliegende Informationen, Verfahren, Materialien oder Substanzen.

4.4 Der Versicherer ersetzt die durch die Versicherungsnehmerin bzw. ein Tochterunternehmen gezahlten Vertragsstrafen, insoweit eine rechtliche Verpflichtung bestand und der Anspruch auf Zahlung der Vertragsstrafe durch einen versicherten Sachverhalt gemäß Ziffer 2 entstanden ist.

4.5 Bei vorsätzlichen, unmittelbaren und rechtswidrigen Eingriffen (im Sinn von Ziffer 2.2.2.) außen stehender Dritter in die elektronische Datenverarbeitung der Versicherungsnehmerin bzw. eines Tochterunternehmens oder in die von diesen genutzte elektronische Datenverarbeitungssysteme übernimmt der Versicherer die Wiederherstellungskosten, Kosten der Wiederbeschaffung der beschädigten Software, Daten und Dateien sowie Mehrkosten, soweit die Versicherungsnehmerin nicht anderweitig Schadenersatz erlangen kann. Mehrkosten sind Kosten zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes, die innerhalb von sechs Monaten nach dem Eingriff getätigt, ohne den Eingriff nicht oder nicht in dieser Höhe entstanden wären und den Umständen nach geboten und notwendig sind.

4.6 Der Versicherer ersetzt die durch die Versicherungsnehmerin bzw. ein Tochterunternehmen die durch einen versicherten Sachverhalt gemäß Ziffer 2 entstanden Schuldzinsen, die den versicherten Unternehmen in Rechnung gestellt werden sowie auch Habenzinsen, die den versicherten Unternehmen entgangen sind. Der Höchstbetrag der Schuld- bzw. Habenzinsen richtet sich nach dem Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank im Zeitraum von Schadeneintritt bis Schadenentdeckung und ist unter Anrechnung auf die Versicherungssumme mit einem Sublimit gemäß Polizza begrenzt.

Die Erstattung von Kosten nach Maßgabe der Ziffern 4.1 bis 4.5 ist gemäß Polizza begrenzt. Die Erstattung von Mehrkosten gemäß Ziffer 4.5 beginnt ab dem dritten Werktag der Unterbrechung.

5. Vertrauenspersonen/Dritte

5.1 Vertrauenspersonen

Vertrauenspersonen sind die zum Zeitpunkt der Schadenverursachung durch die Versicherungsnehmerin oder ein Tochterunternehmen

5.1.1 aufgrund eines Arbeits- oder Dienstvertrages beschäftigte Arbeitnehmer und Gemeindebedienstete einschließlich aller Aushilfen, Volontäre, Auszubildenden, Praktikanten, Heimarbeiter, Werkstudenten und Zeitarbeitskräfte;

5.1.2 ordnungsgemäß bestellten Organmitglieder;

5.1.3 in deren Auftrag

- in den Geschäftsräumen und auf dem Betriebsgelände der Versicherungsnehmerin oder des Tochterunternehmens in arbeitnehmerähnlicher Position tätigen Personen (z.B. Sicherheits-, Wartungs- und Reinigungspersonal);
- mit der Entwicklung, Installation, Wartung oder Betreuung von EDV-Geräten und -Programmen (Hardware und Software) - auch per Datenübertragung - betraute Personen (z.B. EDV-Dienstleister);

5.1.4 ordnungsgemäß mandatierte Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

5.2 Außenstehende Dritte

Außenstehende Dritte sind Personen, mit denen zu keinem Zeitpunkt ein Vertragsverhältnis im Sinne der Ziffer 6.1 bestand.

6. Rechte aus dem Versicherungsvertrag

Die Geltendmachung aller Rechte aus dem Versicherungsvertrag steht nur der in der Polizza genannten Versicherungsnehmerin zu (abweichend von Teil A Ziff.1); die alleinige Anspruchsberechtigung bezieht sich insbesondere auf Schäden bei Tochterunternehmen.

7. Voraussetzung für die Versicherungsleistung, Vorläufige Entschädigung

7.1 Eine Entschädigungsleistung setzt voraus, dass die Versicherungsnehmerin bzw. das Tochterunternehmen den Grund und die Höhe der Schadenersatzverpflichtung eines – im Fall der Ziffer 2.1 namentlich identifizierten und benannten - Schadenverursachers nachweist.

7.2 Können die Versicherungsnehmerin bzw. das Tochterunternehmen trotz ihrer Ermittlungen den Schadenverursacher nicht identifizieren, wird eine Entschädigung geleistet, sofern sich nach Entdeckung eines Versicherungsfalles und nach Abschluss der Ermittlungen aus den Ermittlungs- und eventuellen Strafakten sowie aus den zur Verfügung zu stellenden Unterlagen ergibt, dass der eingetretene Schaden nach dem Tathergang mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ein im Sinne dieser Versicherung versicherter Schaden ist und durch eine Vertrauensperson verursacht wurde. Diese Regelung gilt nicht für außenstehende Dritte. Eine Gegenüberstellung von Soll- und Istbestand ohne Aufklärung der Entstehung von etwaigen Differenzen oder statistisch ermittelte Daten reichen als Nachweis für einen Versicherungsfall nicht aus.

7.3 Der Versicherungsschutz besteht unabhängig von einer Strafanzeige, Strafverfolgung und Bestrafung der an der Verursachung eines Schadens beteiligten Personen.

7.4 Vorläufige Entschädigung

7.4.1 Der Versicherer leistet eine vorläufige Entschädigung, sofern beim Zivil- bzw. Arbeitsgericht eine Klage eingereicht worden ist oder eine Strafverfolgungsbehörde Anklage erhoben hat oder ein konkret beziffertes, jedoch durch den Schadenverursacher angefochtenes Schuldanerkenntnis vorliegt und der zugrunde gelegte Sachverhalt ein Vertrauensschaden im Sinne dieser Versicherung ist. Die vorläufige Entschädigung beträgt maximal 50% der anerkannten bzw. eingeklagten Hauptforderung bzw. des aus der Anklageschrift hervorgehenden Vertrauensschadens, höchstens jedoch mit dem Betrag gemäß Polizze.

7.4.2 Die vorläufige Entschädigung steht unter dem Vorbehalt der Rückforderung. Der Vorbehalt entfällt insoweit, als sich aus dem rechtskräftig abgeschlossenen arbeits-, zivil- oder strafrechtlichen Verfahren ergibt, dass ein ersatzpflichtiger Vertrauensschaden im Sinne dieser Versicherung vorliegt bzw. das Schuldanerkenntnis rechtswirksam ist. Etwaige Einwendungen und Ausschlüsse im Sinne des Versicherungsvertrages, dieser Versicherungsbedingungen und des Gesetzes über den Versicherungsvertrag (VersVG) bleiben hiervon unberührt.

8. Versicherungssumme, Jahreshöchstentschädigung, Selbstbehalt, Sublimate

8.1 Die im Versicherungsschein oder einem Nachtrag genannte Versicherungssumme begrenzt nach Abzug des vereinbarten Selbstbehaltes und unter Berücksichtigung vereinbarter Sublimate die Entschädigungsleistung des Versicherers für

8.1.1 alle während eines Versicherungsjahres entdeckten Schäden,

8.1.2 sämtliche von einer Person während der gesamten Wirksamkeit des Versicherungsschutzes allein oder gemeinschaftlich mit Anderen verursachten Versicherungsfälle,

8.1.3 jedwede Schaden verursachenden Handlungen einer oder mehrerer Personen, wenn die Handlungen in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, insbesondere eine Tateinheit darstellen.

8.2 Die Versicherungssumme steht im Anschluss an vereinbarte Selbstbehalte zur Verfügung. Sie steht mit Beginn eines neuen Versicherungsjahres für neu entdeckte Schäden wieder voll zur Verfügung, sofern diese neuen Schäden in keinerlei rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang mit bereits entdeckten Schäden stehen und die Schadenverursacher nicht identisch sind.

8.3 Die Jahreshöchstentschädigung für sämtliche Versicherungsfälle, die im laufenden Versicherungsjahr entdeckt werden, einschließlich der Erstattung der vereinbarten Kosten, beträgt maximal das Zweifache der für einen Versicherungsfall vereinbarten und im Versicherungsschein dokumentierten Versicherungssumme (zweifache Maximierung).

8.4 Bei einer Anhebung der Versicherungssumme steht der Differenzbetrag nur für diejenigen Schäden/Schadenteile zur Verfügung, welche nach dem Anhebungszeitpunkt neu entdeckt werden.

8.5 § 94 VersVG findet keine Anwendung.

9. Non-Admitted-Countries

Soweit Tochterunternehmen aufgrund ausländischer Rechtsvorschriften keinen Anspruch gegen den Versicherer auf Versicherungsschutz aus diesem Vertrag haben oder haben dürfen, besteht für sie dort kein Versicherungsschutz. Der Versicherer wird in einem solchen Fall die Versicherungsleistung direkt an die Versicherungsnehmerin erbringen. Je Versicherungsfall und Versicherungsperiode gilt ein Sublimit gemäß Polizze.

TEIL E: GrECo JLT Mehrleistung

Ab einer Vertragsdauer und zugleich Betreuungsdauer dieses Versicherungsvertrages durch die GrECo JLT von 5 Jahren gilt der Versicherungsschutz wie folgt erweitert:

1. Zusatzeinschluss der Haftpflichtversicherung von Ansprüchen aus Diskriminierungstatbeständen (AGG):

1.1 Gegenstand der Versicherung

Der Versicherer gewährt Versicherungsschutz für den Fall, dass versicherte Personen gemäß Teil B Ziffer 1.3, Arbeitnehmer und Gemeindebedienstete der Versicherungsnehmerin oder die Versicherungsnehmerin wegen einer Pflichtverletzung aufgrund eines Diskriminierungstatbestandes oder wegen einer Verletzung einer Vorschrift zum Schutz vor Diskriminierung, Benachteiligung, Belästigung, Ehrverletzung oder sonstiger Persönlichkeitsrechte, insbesondere nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, für einen Schaden in Anspruch genommen werden. Einer derartigen Inanspruchnahme steht ein Widerrufsverlangen oder ein Unterlassungsanspruch gleich.

Der Versicherungsschutz erstreckt sich ebenfalls auf Verwaltungsverfahren in Zusammenhang mit der Verletzung des GLBG.

1.2 Geltungsbereich

Versicherungsschutz wird weltweit gewährt, mit Ausnahme von Ansprüchen,

- die vor dem Gericht eines Landes geltend gemacht werden, in welchem Common Law gilt;
- infolge der Verletzung des Rechtes eines Landes, in welchem Common Law gilt;
- in Zusammenhang mit einer in einem Common Law Land vorgenommenen Tätigkeit.

Als Common Law Länder im Sinne dieser Bestimmung gelten abschließend, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada.

1.3 Versicherungssumme

Als Versicherungssumme gilt ein Sublimit gemäß Polizza für alle Versicherungsfälle dieser Zusatzversicherung innerhalb einer Versicherungsperiode einschließlich sämtlicher Abwehrkosten.

1.4 Selbstbehalt

In jedem Versicherungsfall trägt die in Anspruch genommene Versicherungsnehmerin einen Selbstbehalt gemäß Polizza (Unternehmensselbstbeteiligung). Bei vollständiger Anspruchsabwehr entfällt jede Selbstbeteiligung. Für versicherte Personen ist keine Selbstbeteiligung vereinbart.

1.5 Ausschlüsse

Es besteht kein Versicherungsschutz im Zusammenhang mit:

1.5.1 Vorsatz

Der Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf Schadenersatzansprüche wegen einer vorsätzlichen Pflichtverletzung des in Anspruch genommenen Versicherten, die sich gegen den vorsätzlich handelnden Versicherten selbst richten. Sofern Vorsatz streitig ist, besteht Deckungsschutz für die Abwehrkosten. Wird Vorsatz rechtskräftig festgestellt, entfällt der Versicherungsschutz rückwirkend. Die versicherte Person ist dann verpflichtet, dem Versicherer die erbrachten Leistungen zurückzuerstatten.

1.5.2 Strafen

Vertragsstrafen, Bußen und Entschädigungen mit Strafcharakter.

1.5.3 Altersvorsorge

Ansprüchen wegen der Verletzung gesetzlicher, vertraglicher oder satzungsgemäßer Pflichten im Zusammenhang mit betrieblicher oder gesetzlicher Altersvorsorge.